

Dresdner Nachrichten

**Postleitziffer: 88400 Augsburg
Telefon-Nr.: 0821-25 241
Fax für Nachdrucke: 20011.**

Bezugs-Gebühr in Preussen bei täglich gewöhnlicher Zeitungung monatlich M. 30,-, aber dann bis
Drei bei täglich gewöhnlichem Verkauf monatlich M. 40,-.
Anzeigen-Preise. Die 1-seitige 32 mm breite Zeile M. 6,-, außerhalb Sachsen M. 11,-. Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Dienst- und Wohnungssuchern, 1-seitige 32x und Ver-
hältnisse 25,-. Werbeanzeige und Karte. Einseitige Mitfrage gegen
Vorauszahlung. Einzelpreis des Bergbeamtenblattes M. 1,50.

**Druckerei und Verlagsanstalt
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Siegert & Reichenbach in Dresden.
Telephon-Nummer 1068 Dresden.**

Offener Konflikt mit Bayern?

Keine Rechtsverbindlichkeit des Reichskriminalgerichtes.

Berlin, 24. Juli. Nach einer Meldung der Montagspost aus München soll das bayerische Staatsministerium mit Stimmenmehrheit beschlossen haben, eine Verordnung zu erlassen, durch die die bayerische Staatsregierung das materielle Recht des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik übernimmt, jedoch den Vollzug den bayerischen Staatsanwälten und Volksgerichten überträgt und damit für Bayern die Wirkksamkeit der Reichsbehörden und des neuen Staatsgerichtshofes ausschaltet. Die Mehrheit des bayerischen Ministeriums glaubt, sich bei diesem Vorgehen auf Artikel 48 der Reichsverfassung stützen zu können, in dessen letzten Absatz den Ländern das Recht eingeräumt wird, wenn Gefahr im Verzuge ist, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen an treissen. Die Mehrheit des bayerischen Kabinetts hat ferner beschlossen, daß Reichskriminpolizeigesetz nicht als rechtswirksam erklärt zu erklären und seinen Vollzug in Bayern nicht zu gestatten. Die demokratische Partei in Bayern erachtet durch diese Beschlüsse die bisherige Regierungspolitik für durchbrochen und erklärt die Regierungskoalition für gesprengt, da die beschlossenen Maßnahmen mit der

gekämpft, da die beschlossenen Maßnahmen mit der Reichs- und Landesverfassung nicht vereinbar seien. Der demokratische Handelsminister Samm hat daher dem Ministerpräsidenten Verchenfeld seinen Rücktritt angekündigt. Da die Beschlüsse des bayerischen Staatsminis- teriums die Unterstützung der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei im Landtage finden werden, wird die Regierung über die Mehrheit verfügen. Der Bayerische Bauernbund wird am Montag zur Lage Stellung nehmen. (B. T. B.)

Zustimmung der Deutschen Volkspartei in München. München, 24. Juli. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei Bayerns nahm in seiner Sitzung eine Entschließung an, wodurch das abnahmegesetz zum Schutze der Republik gelehnt wird. Besonders wendet sie sich gegen den Angriff in die Justiz- und Polizeihöheit der Länder, billigt die Haltung der bayerischen Regierung in dieser Frage. (B. L. B.)

Zusammentritt des Reichskabinetts.
(Drucksammlungen der Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 24. Juli. Das Reichskabinett ist heute vormittag zusammengetreten. Zur Verhandlung steht u. a. die Stellungnahme der Reichsregierung zu der Entwicklung der Dinge in Bayern. Wie es heißt, liegt jedoch ein endgültiger Beschluß der bairischen Regierung noch nicht vor. Der bairische Ministerrat wird sich erst heute mit den bereits erwähnten Beschlüssen der Bayerischen Regie-

Finanzkontrolle und deutsche Souveränität.

Garantiekommision geht vor Reichstag.
(Eigner Drabtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Paris, 24. Juli. Von diplomatischer Seite erfährt „Continental Newss“, daß sich die Kontrolle des deutschen Finanzministeriums durch die Garantiekommision nicht auf zwei Vertreter dieser Kommission beschränke, sondern daß insgesamt zwölf Beamte diesen Vertretern zur Seite stehen, darunter Sekretäre und Stenotypistinnen. Bezuglich der Einrichtnahme in den deutschen Staatsrat vor dessen Annahme durch den Reichstag ist beschlossen, daß der Rat der Garantiekommision so rechtzeitig vorgelegt werden muß, daß diese die Möglichkeit hat, noch vor der Beratung im Reichstage, die früher nicht beginnen darf, Einspruch gegen unbefriedigende Posten zu erheben. Erst der letzte von der Garantiekommision begutachtete Entwurf darf dem Reichstag zur Beratung zugehen.

Die unerwartete Konferenzbereitschaft Poincarés.

Paris, 24. Juli. Die Nachricht, daß sich Poincaré am 31. Juli nach England zu reisen bereit erklärt hat, ist eine große Überraschung, da noch am Sonnabend nachmittag in gleichen politischen Kreisen damit gerechnet werden mußte, daß die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten bis in den September hinausgeschoben werden müsse. Im Auswärtigen Amt wurde auch amtlich die Auskunft erteilt, Poincaré werde das Datum seiner Reise erst in zehn bis zwölf Tagen festlegen können. Einige Blätter bezeichnen den Nelebeschluß Poincarés als einen Erfolg Englands. Als eine Art Rückzug Poincarés wird weiter die gestern veröffentlichte amtliche Havas-Mitteilung betrachtet, daß die Instruktionen Poincarés an Dubois gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen seien und keineswegs das letzte Wort der französischen Regierung seien. Der "Tempo" teilt mit, Frankreich werde selber beanspruchen, daß zunächst die August- und Septemberzahlungen Deutschland erlassen werden sollten. In dieser Zeit sollen noch einige ergänzende Reformen von Deutschland gefordert und zugleich das Bankierkomitee zur sofortigen Wiederbesprechungen der internationalen Anleihe für Deutschland einberufen werden. Das Zustandekommen der Anleihe wird dann Deutschland ein mehrjähriges Moratorium bringen.

Der Druck der öffentlichen Meinung

Paris, 20. Juli. In Pariser politischen Kreisen ist man sich darüber klar, daß die Bewilligung des von Deutschland erbetenen Moratoriums auf 6 bis 8 Wochen, wie es Reinhard willt, feindämisch erreicht werden kann. Wenn

Gegründet 1856

Unklarheit der Abrüstungskommission über den Stand der Rüstungen.

Gent, 28. Juli. Das Völkerbundsssekretariat veröffentlicht eine Mitteilung des 3. Unterausschusses der zeitweiligen gemischten Abfristungskommission, die sich vom 21. bis 28. Juli in Gent mit der Beratung der bisher eingelaufenen Antworten auf die von der Völkerbundversammlung angeordnete Umfrage über den Stand der Rüstungen der einzelnen Mächte beschäftigte. Aus der ziemlich ausweichenden und zurückhaltend abgefassten Mitteilung geht hervor, daß die bisherigen Ergebnisse nicht sehr ausschlußreich und zweckdienlich sind und sich vor allem auf die Vorkriegszeit beziehen. Was die Nachkriegszeit betrifft, so beschloß der Unterausschuss, künftig nicht das Jahr 1921, sondern das Jahr 1922 als Vergleichsbasis mit der Vorkriegszeit zu benutzen. Er stellte ferner fest, daß es ihm trotz aller Anstrengungen nicht möglich war, aus den offiziellen Darstellungen der verschiedenen Regierungen die von der letzten Versammlung gewünschten Erklärungen zu gewinnen und beschloß, den Völkerbundsrat aufzufordern, sich direkt mit den einzelnen Regierungen auf Grund eines neuen Fragebogens in Verbindung zu setzen. Im übrigen weist die Mitteilung auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich der Arbeit des Ausschusses entgegenstellen. Eine sofortige Veröffentlichung der bisher erzielten Ergebnisse ist nicht geplant. Der Versammlung soll eine provisorische Darstellung augehen. Neben die endgültige Form einer etwaigen Veröffentlichung soll erst später beschlossen werden. Der Ausschuss wird kurz vor dem Zusammentritt der nächsten Völkerbundversammlung noch einmal zusammentreten. (B. T. B.)

Angebliche Neuherungen Rathenau's über den Kriegsausbruch.

Newyork, 24. Juli. Anlässlich des Besuches, den der Präsident der United Preß, William W. Hawkins, im Juni 1921 der deutschen Reichshauptstadt machte, gab ihm Walther Rathenau in seinem Arbeitszimmer in der Wilhelmstraße beweiskenswerte Erklärungen über die Ursachen des Kriegsausbruches. Er sprach ganz rüchhaftlos, stellte aber dem amerikanischen Gäste die Bedingung, daß seine Angaben nicht bekanntgegeben werden dürften, solange er lebe. Unmittelbar nach der Unterredung machte sich Hawkins Aufzeichnungen, die nun mehr veröffentlicht werden. Rathenau äußerte ungefähr folgendes: Der Krieg ist ein Produkt der Angst gewesen. Der Kaiser habe so lange mit dem Schwerte gerastet, bis er selbst und sein ganzes Ministerium davon so verängstigt waren, daß sie alle den gesunden Menschenverstand verloren. Dann wies Rathenau auf die Wilhelmstraße hin aus und sagte: Bethmann-Hollweg und die Minister sahen da drüber die ganze Macht in Todesangst. Sie hofften und beteten, der russische Kaiser möchte das Ultimatum annehmen, denn aus diese Weise hätten sie das Unheil vermeiden können, das ihre Freiheit herausbeschworen hatte. Diese Politik der Angst war im Grunde eine Politik der Freiheit. Man handelte damals wie ein Mensch, der seinen Jäger durch lautes Lärmen in Angst versetzen will, wodurch er nur verhindern will, daß dieser sich in einen Kampf einlässe. Das ist in ganz Deutschland bekannt, und es besteht keine Gefahr, daß der Kaiser jemals wieder nach Berlin zurückkehrt. Vom Monarchismus sind die Deutschen endgültig befreit. Natürlich gibt es eine Anzahl Royalisten in Deutschland. Diese werden auch ihr Leben lang Royalisten bleiben; sie werden sich niemals ändern, und solange sie atmen, werden sie Skandal machen. Aber es ist keine bedeutende Macht. Das hat sich am klarsten bei dem Kapp-Putsch gezeigt. Damals brach die Herrschaft der Königs treuen durch einen schweigenden Protest des ganzen Volkes restlos zusammen. Der Generalstreik war der einzige richtige, den die Geschichte kennt. Die gesamte Einwohner schaft Berlins stellte die Arbeit ein, und Kapp kommandierte einer toten Stadt, in der es weder Lebensmittel, noch Wasser und Licht gab, in der also niemand existieren konnte. Bis jetzt hat es die Geschichtsschreibung unterlassen, auf die ungeheure Bedeutung dieses Ereignisses hinzuzweisen. Es bezeichnet zweifellos das Ende der organisierten royalistischen Bewegung in Deutschland. Der Krieg ist von Feiglingen entfesselt worden, die sich fürchteten, den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, in denen sie lebten, fest ins Auge zu sehen. Ehe sie ahnten, was sie angerichtet hatten, waren sie schon so weit gegangen, daß sie die unvermeidliche Folge ihrer Stellungnahme nicht mehr verhindern konnten, vor der sie sich im Grund mehr fürchteten, als die ganze Welt. Das weiß man alles. Ich wünschte, ich könnte dies heute öffentlich erklären, aber es liegen Gründe vor, die eine solche Erklärung als unzulich erscheinen lassen.

Diese angeblichen Neuerungen Rathenau entsprechen so wenig seinen sonst bestandenen Anschauungen, daß man bis zum Beweise des Gegenteils annehmen muß, es handle sich zum mindesten um sehr starke Entstellungen bei der Wiedergabe durch Mr. Hawkins. Da sie aber einmal in dieser Form an die Öffentlichkeit gebracht worden sind, so kann sich die Presse auf Grund ihrer Registrierpflicht dem Abdruck nicht entziehen. Herr Hawkins hat nun das Wort. Es ist seine unabwendliche moralische Pflicht, sich klar und klar darüber auszulassen, inwieweit seine Mitteilungen der

Australische Maßnahmen gegen die deutsche Konkurrenz

deutsche Konkurrenz.
(Signer Brabbelbericht der Dresd. Nachrichten.)
Melbourne, 23. Juli. Der Premierminister hat auf eine Anfrage im Parlament geantwortet, daß er entschlossen sei, die australischen Gesäßtäler gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen. Er erklärte, daß er nicht willens sei, die Errichtung von deutschen Konsulaten in Australien anzulassen.